

Haushaltsrede 2027

Konzentration und Kernaufgaben – der Göppinger Weg für das Jahr 2027

– ES GILT DAS GESPROCHENE WORT –

Verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,

wer in den letzten Wochen über die Weiler Steige bei Geislingen die gesperrte B 10 umfahren hat, wird dort an einem Felsen stehend das Schild gesehen haben: „Erbaut in schwerer Zeit 1919–1921.“ Nun sind wir weit entfernt von den frühen Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts in Deutschland, in denen Putsche das Land erschütterten, es kaum eine Gesundheitsversorgung gab und Menschen in heruntergekommenen Mietskasernen Schlafplätze suchten. Im Gegenteil, wir leben in einem der reichsten Länder der Welt mit einem sehr fürsorgenden Sozialstaat, einem funktionierenden Rechtsstaat und mit freien Wahlen. Dies alles ist keine Selbstverständlichkeit.

Und doch würden viele die schwere Zeit nicht mehr nur am Anfang der 1920er-Jahre verorten. Sondern auch in den Zwanzigerjahren unseres Jahrhunderts. Ein Jahrzehnt, das mit einer globalen Pandemie begann und seitdem von Kriegen und Konflikten geprägt ist wie zumindest für uns in Mitteleuropa lange nicht mehr vorstellbar. Russland, das die Ukraine überfällt. Wirtschaftliche Umbrüche mit einer Chinesischen Volksrepublik, gegen die unsere Autoindustrie zunehmend an Boden verliert und digitalen Weltkonzernen, deren KI-gestützte Geschäftsmodelle die unsrigen in Frage stellen. Unser Gefühl der Sicherheit und der Gewissheit

wankt. Auch selbst verschuldete Entwicklungen tragen dazu bei. Dazu gehören aufgeschobene Entscheidungen und Überbürokratisierung.

Wenn wir Ihnen heute den Entwurf für den Kreishaushalt 2027 vorstellen, führt kein Weg vorbei an einem ehrlichen Blick auf die Dinge. Zur Verantwortung gehört aber ebenso ein Blick auf unsere Chancen. Denn der Landkreis Göppingen ist ein lebenswerter Landkreis: mit innovativen Unternehmen, einer intakten Natur und Menschen, die im Haupt- und Ehrenamt mit Herzblut anpacken. Wir liegen strategisch günstig im Herzen Baden-Württembergs. Wir haben deshalb gerade im Gegenwind die Verantwortung und die Chance, daraus etwas zu machen.

Die finanzielle Situation des Landkreises hat sich durch den Jahresabschluss 2025 und die Entwicklungen des laufenden Haushaltsjahres dramatisch verschlechtert. Der Ihnen vorliegende Entwurf umfasst im Ergebnishaushalt ordentliche Aufwendungen in Höhe von rund 488 Mio. Euro. Rund 29 Mio. Euro mehr als noch 2026. Fast die Hälfte dieses Anstiegs stammt aus den Transferaufwendungen im Bereich Jugend und Soziales (13,9 Mio. Euro), über 6 Mio. Euro aus einem höheren Klinikdefizit, über 3 Mio. Euro aus ÖPNV und Schülerbeförderung. Und der jetzige Haushaltsentwurf ist bereits Ergebnis intensiver Konsolidierungen.

Einigen von Ihnen wird der Prozess der letzten Haushaltsaufstellung noch deutlich vor Augen sein. Vielleicht wird erst heute klar, warum ich diese Wende bei den Kreisfinanzen eingeleitet habe. Hin zu einer Konzentration auf Kernaufgaben und auf Subsidiarität. Für 2026 konnten wir eine tragfähige Lösung finden, u. a. den Kreisumlagehebesatz bei konstant 36,0 Prozent halten. Möglich wurde dies durch Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von ca. 14,4 Mio. Euro.

Landesweit haben diese Anstrengungen zum Haushalt 2026 Beachtung gefunden. Ein klarer Weg aus Beschränkung auf Wesentliches und Sparsamkeit ist in Baden-Württemberg zum Vorbild geworden. Auch weil er Probleme angeht, statt sie auszusitzen oder wegzumoderieren.

Ich nehme dies auch aus einer übergeordneten Perspektive wahr: Im Konzert der Landkreise in Baden-Württemberg ist der Landkreis Göppingen zurück. Nach dem Haushalt 2026 haben sich viele nach unseren Maßnahmen erkundigt, andere unser Konzept übernommen. Sie, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, sind diesen Weg mitgegangen und dieser Mut ist wahrgenommen worden. Diesen Mut des Göppinger Kreistags wünsche ich an vielen Stellen auch der Bundes- und Landespolitik.

Die Vorzeichen, unter denen der Haushalt 2027 aufgestellt wurde, waren noch anspruchsvoller als im Vorjahr. Sprach mancher im politischen Diskurs im Rahmen des letzten Haushaltsprozesses noch von 2026 als einem „Jahr des Übergangs“, so hat uns die Realität eines Besseren belehrt. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat uns eine drastisch verschlechterte finanzielle Situation bescheinigt mit einem Ressourcenverbrauch, der nicht mehr erwirtschaftet werden kann, und exorbitanter Verschuldung. Für unsere liquiden Mittel hängen wir am Tropf teurer Kassenkredite. Und, so die Prüfer, es führe kein Weg vorbei an einer konsequenten Fortführung der Haushaltskonsolidierung.

Bereits zum 31.12.2026 wird nach der aktuellen Prognose die Ergebnissrücklage, die uns zum Ausgleich eines negativen Ergebnisses zur Verfügung steht, vollständig aufgebraucht sein. Machen wir uns nichts vor. Als ich im Juli 2025 dieses Amt übernahm, hatte dieser Landkreis de facto keine Rücklage mehr. Der Haushalt 2025 ging von Annahmen aus,

die mit der Realität wenig zu tun hatten. Er wirkt sogar noch in dieses laufende Jahr 2026 hinein.

Nun kann die öffentliche Hand nicht insolvent gehen. Alles andere, wie wir unsere laufenden Kosten tragen, wie wir unsere Schulden bezahlen, zu welchen Konditionen wir noch Kredite bekommen, erfordert jetzt unsere Aufmerksamkeit.

Wir sparen in der Haushaltsplanung für 2027 nochmals ein. Wir haben Kürzungen im Umfang von 2,5 Prozent für weitere Bereiche vorgesehen. Keinen globalen Minderaufwand im Übrigen, sondern mit den Ämtern vorneweg geeinte Kürzungen. Zum Ende der Mittelanmeldungen und nach Abschluss der Budgetgespräche stand für diesen Haushalt dann aber ein Gesamtergebnis von minus 46 Mio. Euro im Raum. 46 Mio. Euro.

Wir haben weiter gestrichen. Zusammen mit flankierenden Prozessen konnten wir die Deckungslücke auf ca. 34,7 Mio. Euro reduzieren. Eine Konsolidierung im Inneren im Umfang von 11,3 Mio. Euro, über 2 Prozentpunkte Kreisumlage.

In einer solchen Situation verbleiben realistischerweise vier Möglichkeiten: Man kann aus der Ergebnismüßigkeit leben. Die haben wir nicht mehr. Man kann Fehlbeträge ausweisen, also in die Verschuldung gehen. Man kann die Einnahmen des Landkreises anpassen, das ist im Wesentlichen die Kreisumlage. Oder noch weitere Ausgaben kürzen.

Die Ausweisung eines Fehlbetrags, so nennt sich die Verschuldung im Amtsdeutsch, verschiebt das Problem in die folgenden Haushaltsjahre. Wir haben jedoch keine Liquidität mehr, um einen Verlustvortrag zu finanzieren. Wir würden einen Verlustvortrag auf „Pump“ finanzieren. Ein Verlustvortrag, der nach maximal drei Jahren erwirtschaftet bzw. ausgeglichen werden muss, setzt voraus, dass wir eine klar positive

Erwartung der finanzwirtschaftlichen Situation sehen. Diese positive Erwartungshaltung kann ich – Stand heute – nicht seriös abgeben. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung mag Anlass zur Hoffnung geben. Aber eine nachhaltig positive Entwicklung bei den Kommunal финанzen ist für uns nicht in Sicht.

Hinzu kommt, dass sich die (Schulden-)tragfähigkeit des Landkreises in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat. Der Landkreis Göppingen ist hoch verschuldet – in der Auswertung für 2024, wie sie jüngst in den Landkreisnachrichten erschien, hatten wir Platz 1 im Land mit 1.136 Euro pro Kopf. Der landesweite Durchschnitt lag bei 249 Euro pro Kopf.

Wir mäandern hier gefährlich an den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Der Bestand an Investitionskrediten wird von ca. 29 Mio. Euro im Jahr 2021 im kommenden Jahr schon auf ca. 274 Mio. Euro angewachsen sein – bis 2030 sogar auf ca. 285 Mio. Euro. Und allein unsere Kassenkredite betragen zwischenzeitlich 84 Mio. Euro.

Können wir diesen Weg der Verschuldung so weitergehen? Wenn ja, sind wir in bester, schlechtester Gesellschaft. In den westlichen Industrieländern liegt die Staatsverschuldung, gemessen an der Wirtschaftsleistung, so hoch wie nie in Friedenszeiten. In schweren Rezessionen oder in Notlagen wie der Corona-Krise ist es sinnvoll, dass der Staat Defizite macht, um die Wirtschaft zu stützen. Das gilt sinngemäß sicherlich auch für den Landkreis. Nur wir haben uns in guten Zeiten schon so stark verschuldet, dass wir keine Reserven für die schlechte Zeit mehr haben, die jetzt ist.

Ohne Rücklage und hochverschuldet bleibt uns nur die Kreisumlage als letztes Mittel. Wir müssen sie im vorliegenden Entwurf, anders als noch im Vorjahr, anfassen. Um den Landkreis weiter finanzieren zu können, schlage ich für den Haushalt 2027 eine Erhöhung der Kreisumlage um 6,9

Prozentpunkte auf 42,9 Prozent vor. Nur zur Verdeutlichung: 1 Prozentpunkt Kreisumlage entspricht rund 5 Mio. Euro. Wir sprechen von einem auszugleichenden Defizit von rund 35 Mio. Euro.

Diese Dimensionen sind bitter. Mit unseren Entscheidungen haben wir es uns nicht leichtgemacht. Grundvoraussetzung für jede Kreisumlageerhöhung ist eine intensive Beschäftigung mit der Lage und Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Sie trifft unser Vorschlag hart. Und das tut mir persönlich weh. Mein Ziel sind starke Städte und Gemeinden in diesem Landkreis. Mit der jetzigen Kreisumlageerhöhung stärken wir unsere Kommunen nicht, wir schwächen sie. Ich möchte an unsere Kommunen daher ein Wort der Entschuldigung richten.

Aber bleibt uns, bleibt mir eine Wahl? Die vorgeschlagene Erhöhung ist noch nicht unverhältnismäßig. Städte und Gemeinden haben, im Gegensatz zum Landkreis, noch Gegensteuerungsmöglichkeiten, verfügen über eigene Steuerhoheit unter anderem für Grund- und Gewerbesteuer. Eine selbst beeinflussbare Steuereinnahme haben Landkreise gar nicht, ebenso partizipieren wir an keiner Umsatz- oder Einkommensteuer.

Im vorliegenden Haushalt hätte es die Möglichkeit gegeben, weitere Einsparungen zu realisieren. Es gibt Maßnahmen auf der Gegensteuerungsliste aus 2025, die von der Verwaltung nicht vorgeschlagen oder von der Mehrheit im Kreistag abgelehnt wurden. Die Kreisumlageerhöhung ließe sich etwas dämpfen. Wollen wir diese nun für 2027 ziehen?

Bei manchen hier im Gremium wird der Schock gar nicht so tief sitzen: „Endlich“, „Warum nicht gleich so“, werden die sagen, die schon letztes Jahr für eine Erhöhung der Kreisumlage waren oder den Weg in eine

weitere Verschuldung gehen wollten. Dabei war unser Sparkurs die Grundlage, überhaupt noch handlungsfähig zu sein.

Und wir sehen an vielen Stellen, wie sich unser Landkreis behauptet – trotz der schwierigen Ausgangslage. Ein Beispiel finanzieller Natur: Nach mehreren Jahren, in denen Investitionen ausschließlich über Investitionskredite möglich waren, erwartet die Verwaltung in den Jahren 2027 bis 2030 wieder eine zumindest teilweise Eigenfinanzierung von Investitionen.

Vor allem aber ist es der Blick in den Landkreis, auf viele Entwicklungen und Projekte, die Grund zur Hoffnung geben. Ein Beispiel sind die Förderungen im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR). Im Jahr 2026 konnten wir rund 3 Mio. Euro an Zuwendungen einwerben. Das ist mehr als doppelt so viel Geld vom Land wie im Schnitt der vergangenen fünf Jahre.

Tourismus ist für uns ein Wirtschafts- und ein Erfolgsfaktor. Im Landkreis Göppingen generieren wir damit einen Bruttoumsatz von rund 327 Mio. Euro. Daraus entstehen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Aber nicht von ungefähr. Ohne den Fleiß der Gastgeber und auch die nötige Weitsicht bei den politischen Entscheidungen sähe das anders aus. Beispielsweise feiern 2027 die Löwenpfade ihr zehnjähriges Jubiläum. Ein Aushängeschild für den Landkreis Göppingen. Das Jubiläum werden wir nutzen, um sie noch bekannter zu machen und noch mehr Menschen für einen Besuch bei uns zu begeistern. Denn die Potenziale sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Denken Sie an Regionen wie Südtirol, die innerhalb von 20 Jahren mit hochwertigem Tourismus eine enorme Anziehungskraft entwickelt haben.

Genannt sei auch der Breitband-Ausbau. Unser Zweckverband Gigabit ist wieder arbeitsfähig. Wir nehmen Fahrt auf mit Spatenstichen in diesem

Jahr beispielsweise in Kuchen, Wiesensteig und Mühlhausen im TALE. Das verdanken wir dem engen Schulterschluss mit den Kommunen, mit denen wir gemeinsam den Zweckverband so ausstatten konnten, dass er einen Mehrwert bringt. Diese Solidarität beim Breitbandausbau kann keine Einbahnstraße sein für Gemeinden, die nach abgeschlossenem Ausbau über einen „Austritt“ nachdenken – den es bei Zweckverbänden aus guten Gründen so gar nicht gibt. Ein Zweckverband ist schon nach seiner rechtlichen Verfasstheit kein Zweckbündnis auf Zeit, sondern dient der dauerhaften Aufgabenerfüllung, zu der man sich solidarisch bereiterklärt hat. Es geht für uns Kommunen gemeinsam und mit Verlässlichkeit besser.

Auch für uns selbst, in der Kooperation mit anderen Landkreisen, stecken Chancen. Denken Sie an die beschlossene Kooperation mit den Landkreisen Böblingen und Esslingen bei der Bioabfallverwertung. Erst diese Woche hatten wir einen sehr guten Austausch mit dem Alb-Donau-Kreis zu weiteren Möglichkeiten. Die jüngsten gemeinsamen Anträge von CDU, Freien Wählern und FDP bestärken uns in diesem Kurs für mehr interkommunale Zusammenarbeit.

In der Gegenwart ist das Bild hingegen schwieriger. Blicken wir auf 2027, dann sind es im Besonderen die drei schon erwähnten Faktoren der Sozialausgaben, unseres ALB FILS KLINIKUMs sowie des ÖPNV, die diesen Landkreis massiv unter Druck setzen. Hier lohnt ein Blick ins Detail. An vielen Stellen hängen wir an bundespolitischen Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben. Trotzdem oder gerade deswegen müssen wir uns hierzu verhalten. Das entspricht auch der Forderung, wie sie CDU, Freie Wähler und FDP an uns herangetragen haben – im Sinne von Transparenz über das, was wir an gesetzlichen Aufgaben und Ausgaben zu schultern haben.

Gerade im **Sozialbereich** bin ich ganz beim Ökonomen Lars Feld der nüchtern festgestellt hat: „Seit 2011 hat ein erheblicher Ausbau des Sozialstaats stattgefunden, den man zurückführen sollte.“

Wenn wir so weitermachen, verspielen wir unseren Wohlstand und damit unseren so teuer erkauften, aber auch wirklich teuren Sozialstaat. Der Zuschussbedarf für das Soziale ist im Jahr 2026 mit 8,1 Prozent bei den Landkreisen erneut extrem stark angestiegen und klettert weiter. Gerade in den zurückliegenden großen Koalitionen wurden Dinge geschaffen, die uns heute belasten. Etwa das Bundesteilhabegesetz (BTHG) oder die Ausdehnung des Unterhaltsvorschusses, die Mütterrente, auch die Rente mit 63.

Das BTHG steht exemplarisch für einen Sozialstaat, der es gut meint, aber nicht gut macht. Es ist eine der größten Belastungen unseres Haushalts – stark steigend – doch woher kommt dies eigentlich? Praktiker sagen, nicht nur aus den Leistungen selbst, sondern auch aus einer verfehlt kleinteiligen Bürokratie, die dem Einzelfall gerecht werden will. Das Gesetz zielt auf Teilhabe – aber was bedeutet das eigentlich? Bedeutet Teilhabe, dass die Gesellschaft alles individuell ausgleicht, was Lebensrisiko und Schicksal ist?

Allein im Landkreis Göppingen ist für das laufende Haushaltsjahr ein Zuschuss beim Nettoressourcenbedarf der Eingliederungshilfe von fast 66 Mio. Euro geplant, fast 19 Mio. Euro mehr als noch vor fünf Jahren – bei schätzungsweise nicht mal 300 zusätzlichen Fällen. 2027 werden es nochmal 7,6 Mio. Euro mehr sein. Eine Mio. Euro, die wir durch strenges Controlling und Kostenersätze kompensieren wollen, ist in diesen Zahlen schon berücksichtigt. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich unterstütze daher nachdrücklich die Forderung des Landkreistags: Das

Land muss sich pauschal mit mindestens 25 Prozent an der Eingliederungshilfe beteiligen.

Wir müssen aber die Gesamtentwicklung hinterfragen: Von 2016 bis 2024 haben sich die Kosten der Eingliederungshilfe bundesweit von 16,5 auf 29,5 Mrd. Euro gesteigert. Zwei Beispiele aus unserem Kreissozialamt, die das konkret machen. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen unsere Hilfe brauchen mit Schicksalen, die mir persönlich nahegehen. Gerade deshalb aber nötigen sie mich zur Frage: Helfen wir hier mit unseren knappen Ressourcen auf die beste Weise?

Ich denke an eine 35-Jährige, die seit ihrer Kindheit in einer Einrichtung betreut wird, zwischenzeitlich in besonderer Wohnform mit Fördergruppe. Bis zur Umstellung auf den neuen Landesrahmenvertrag 2024 beliefen sich die Kosten auf rund 6.300 Euro monatlich, jetzt sind es rund 12.450 Euro. Fast das Doppelte. Ein anderer, gleichaltriger, ebenfalls seit Kindheit in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe. Nach der neuen Vergütungsstruktur mit dem BTHG zahlen wir monatlich nicht mehr rund 8.800 Euro, sondern rund 19.000 Euro. Mehr als eine Verdopplung. Selbst Betroffene fragen sich, für was ein solches Mehr an Geld verwendet wird. Ich hatte zwei Tanten, die an Multipler Sklerose erkrankt sind. Und ich habe gesehen, wie gut sie schon vor dem BTHG versorgt waren.

Darf daher der gegenwärtige Teilhabebegriff hinterfragt werden? Oder wird demjenigen, der dies tut, Herzlosigkeit vorgeworfen? Oder er verletze die Menschenwürde, weil er behinderte Menschen ausgrenze? Ich meine, wir müssen darüber diskutieren. Der Staat kann nicht jedes individuelle Schicksal beheben. Wir wollen ein gutes Maß an Teilhabe schaffen. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass jeder ausbezahlte Euro von jemandem erwirtschaftet wird.

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt: Wenn es um den Titel als «kranker Mann Europas» geht, liefern sich Großbritannien und Deutschland ein enges Duell. Über die vergangenen zehn Jahre hat die britische Wirtschaft ein reales Pro-Kopf-Wachstum von nur gerade 5,4 Prozent erreicht. Die Euro-Zone wuchs in derselben Periode um immerhin zehn Prozent, Frankreich um gut acht Prozent. Lediglich die Deutschen stehen mit einer Zunahme von 3,2 Prozent noch schlechter da als die Briten. Geringes Wirtschaftswachstum und stark steigende Sozialausgaben: wie soll dies langfristig gut gehen?

Im Bereich Jugend und Soziales steigt der Nettoressourcenbedarf 2027 von 163,74 Mio. Euro auf 186,7 Mio. Euro – ein Anstieg von ca. 23 Mio. Euro.

Woher kommt das? Stetig höhere Fallzahlen in der Hilfe zur Pflege. Bis 2035 gar eine erwartete Verdopplung der Ausgaben hierfür. Schon 2027 wird uns das 2,6 Mio. Euro mehr kosten. Erneut ein Rechtskreiswechsel für Geflüchtete aus der Ukraine, der bei uns 2027 voraussichtlich zu einem fast 60-prozentigen Anstieg der kommunalen Fallzahlen im Asyl führen wird. Die Mehraufwendungen in Höhe von ca. 2,4 Mio. Euro schlagen im Haushalt 2027 voll durch. Die Erstattung durch das Land erfolgt zeitversetzt, sodass die Einnahmenseite erst 2028 nachziehen wird.

Steigende Bedarfe schließlich auch in der Jugendhilfe, 2,8 Mio. Euro mehr im Vergleich zum Plan 2026, insbesondere Hilfen zur Erziehung. „Quo vadis Jugendhilfe?“ fragen wir mit Ihnen zusammen, werte Kreisrätinnen und Kreisräte im gleichnamigen Prozess, den wir dazu aufgesetzt haben. Hierbei soll die Jugendhilfe im Landkreis Göppingen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gemeinsam weiterentwickelt werden – mit Verwaltung, freien Trägern der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe sowie den Vertretungen aller Fraktionen an einem Tisch.

Klar ist: Unsere eigenen Einspar- und Steuerungsmöglichkeiten werden niemals ausreichen. Wo wir durch strenges Controlling sparen können, tun wir es. Wo wir innovativer vorgehen können, machen wir es. Ich erwähne die Poststationäre Übergangspflege der Wilhelmshilfe, die wir auch 2027 und 2028 unterstützen werden. Eine freiwillige Aufgabe für den Landkreis. Aber eine, die uns Geld sparen wird in der Hilfe zur Pflege, evaluiert durch die Hochschule Esslingen. Solchen Innovationen verschließen wir uns nicht.

Fehlende strukturelle Entlastungen durch Bund und Land können wir damit nicht kompensieren. Stattdessen werden insbesondere in Berlin weiter Gesetze beschlossen ohne Rücksicht auf die Kosten für uns Kommunen. Nennenswerter Widerstand der Länder? Oft Fehlanzeige. Konnexität war und ist dort für viele ein Fremdwort geblieben.

Dabei lässt sich das Konnexitätsprinzip mit ganz einfachen Worten beschreiben: „Wer bestellt, bezahlt.“ Und der kommunale Druck, zuletzt bei unserem Aktionstag „Kommunen am Limit“ am 22. Juni, hat das Thema durchaus auf die politische Agenda gehoben.

Auf Bundesebene wurde uns dazu kürzlich der „Durchbruch“ präsentiert: Die sogenannte Veranlassungskonnexität. Das heißt: Der Bund übernimmt seit 1. Oktober für neue Bundesvorhaben die Kosten – aber erst ab einem Wert von 200 Mio. Euro, nicht bei Steuergesetzen, nicht in Umsetzung von EU-Regulatorik oder Verfassungsrechtsprechung und im Übrigen auch nur zu 80 Prozent. Ernsthaft? Ein bayerischer Kollege hat dafür einen schönen Vergleich gefunden: „Dies ist so, wie wenn ich in einen Biergarten gehe, zehn Halbe Bier trinke und dann sage: die ersten zehn Halbe Bier bezahle ich nicht und von den folgenden Halbe Bier zahle ich 80 Prozent.“

Ein Beispiel: Mit dem neuen Schuljahr ist der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in Kraft getreten, aufwachsend von der 1. Klasse an. Abschließende Regelungsvorgaben fehlen uns ebenso wie eine Klärung der notwendigen Konnexität. Denn das, was das Land, und nur zu diesem haben wir nach unserer Verfassung eine direkte Finanzbeziehung, bislang beisteuert, ist in der Praxis nicht auskömmlich. Statt der in Aussicht gestellten Landesbeteiligung von 68 Prozent wird lediglich eine Kostendeckung von gerade einmal einem Viertel erreicht. Und die Belastungen werden schrittweise größer.

Nur mehr Geld wird aber nicht all unsere Probleme lösen. Sie werden keinen Kommunalpolitiker finden, der nicht mehr Geld von Bund und Land fordert. Die Kosten aber für einen überbordenden Sozialstaat lasten auf dem Faktor Arbeit. Zusammen mit fehlgeleiteten Subventionen und übertriebener Regulierung nimmt das unserer Wirtschaft die Luft zum Atmen. Ich möchte deutlicher noch als andere formulieren: Wir müssen an vielen Stellen zurückfahren.

Meines Erachtens braucht es dafür keine Floskeln wie „reformieren“ oder „zeitgemäß ausrichten“. Der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, wird ohne Kurswende nicht überleben. Welt- und europaweit sind wir im Vergleich weit überdurchschnittlich aufgestellt. Wollen wir ihn retten, müssen wir ihn auf die tatsächlich Bedürftigen ausrichten. Trauen wir uns diese Erkenntnis zu?

Die Chefin der Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer hat den Verschiebebahnhof aufgezeigt, der die Milliarden des Sondervermögens für Investitionen in Beschlag nimmt, die ohnehin geplant gewesen wären – und damit letztlich staatlichen Konsum ermöglicht. „Wenn Sie sich fragen, wie eine niedrigere Mehrwertsteuer oder eine höhere

Pendlerpauschale finanziert werden konnte - dann wissen Sie es jetzt“, sagt die Wirtschaftsweise.

Dabei unterstelle ich der Politik kein Erkenntnisproblem. Die Ankündigung von Bundessozialministerin Bas zur Sozialstaatsreform steht. „Fehlanreize bei den Sozialleistungen müssen weg“, sagt nicht nur jeder relevante Ökonom, sondern Bundesfinanzminister Klingbeil in seiner viel beachteten Bertelsmann-Rede. Es fehlt nur die Kraft, Reformen durchzuführen.

Wer Vorschläge zur Kürzung auf den Tisch legt, wird angegriffen. Er spalte die Gesellschaft, heißt es dann. Ich habe Zweifel, ob diese Narrative einer gespaltenen Gesellschaft wirklich tragend sind. Es ist wichtig, in einer Gesellschaft um den richtigen Weg zu streiten. Wer aber mit moralischer Überhöhung und dem Argument der Spaltung Diskussionen im Keim ersticken will, der verengt den Diskurs, der die Demokratie gerade ausmacht.

Auch am **ALB FILS KLINIKUM** müssen wir uns neu konzentrieren. Als Landkreis bekennen wir uns zu unserer Klinik. Aber wir können uns Verluste in Tätigkeitsfeldern, für die der Landkreis keine Zuständigkeit hat, nicht mehr leisten. Im zuständigen Aufsichtsrat sind erste Schritte eingeleitet. Ich werde dort vorschlagen, dass wir bei den Medizinischen Versorgungszentren jedes einzelne in den Blick nehmen. Hatten wir dort im Jahr 2024 noch Verluste von 2,4 Mio. Euro, so konnten wir diese auf 1,8 Mio. Euro minimieren. In der Perspektive müssen alle unsere Medizinischen Versorgungszentren einen positiven Beitrag leisten.

Und wir erledigen nicht die Aufgaben von anderen. Alleine die Notaufnahme in unserem Krankenhaus erwirtschaftet Verluste von jährlich 4,5 Mio. Euro. Weil viele Menschen sie aufsuchen, die zum Hausarzt müssten. Für vieles genügt der Hausarzt, außerhalb der

regulären Öffnungszeiten im Zweifel die ärztliche Bereitschaftspraxis, für die allerdings die Kassenärztliche Vereinigung KVBW zuständig ist und nicht unser Klinikum oder der Landkreis

Unser öffentlicher Druck, dass es dort längere Öffnungszeiten gibt, hat gewirkt. Ich habe gegenüber der KVBW sehr deutlich gemacht, dass der Landkreis Göppingen nicht schlechter als andere Landkreise versorgt werden darf. Umso mehr freue ich mich, dass die Bereitschaftspraxis ab 1. November nicht mehr nur am Wochenende und an Feiertagen, sondern nun auch Mittwoch- und Freitag-Nachmittag besetzt wird. Ein Erfolg für unseren Landkreis und eine echte Entlastung für die Notaufnahme.

Die großen Entscheidungen im Gesundheitsbereich werden gleichwohl in Berlin getroffen. Genannt sei die jüngste Gesundheitsreform. Aber wie macht man es? Am bequemsten auf Kosten Dritter. In diesem Fall verursacht der Gesetzgeber mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz allein für unsere Klinik ein Zusatzdefizit von fünf Mio. Euro pro Jahr. Der Wegfall des Rechnungszuschlags wirkt sich nochmal mit fünf Mio. Euro Defiziterhöhung aus. 10 Mio. Euro mehr für uns! Und Entlastungen der angekündigten Krankenhausreform: bisher Fehlanzeige. Beim landesweiten Krankenhausaktionstag am 12. Juni haben wir symbolisch den Klinikeingang zugesperrt, um wachzurütteln: Unsere Kliniken sind da – solange sie noch können. Ist das irgendwo gehört worden?

Die bundesweiten Fehlentwicklungen spiegeln sich deutlich in den Gesamtergebnissen des ALB FILS KLINIKUMs wider. Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Defizit von 19 Mio. Euro. Für das laufende Jahr 2026 wird ein Fehlbetrag von 14,7 Mio. Euro erwartet. Die Wirtschaftsplanung für das kommende Geschäftsjahr 2027 weist ein Plandefizit in Höhe von gar 22,7 Mio. Euro aus.

Es gehört zur gemeinsamen Verantwortung von Landkreis und Klinikums-GmbH, dass diese Defizite im Hinblick auf die laufende Strukturüberprüfung nicht einseitig zu Lasten des Landkreises gehen. Wir werden daher 2026 nur einen Teil i.H.v. 11,25 Mio. Euro ausgleichen, im kommenden Jahr nur 17,7 Mio. Euro.

Aber was heißt hier „nur“? Defizite im dauerhaft zweistelligen Millionenbereich bringen einen Träger an die Grenzen, in manchen Fällen darüber hinaus. In den Jahren 2027–2030 werden sich die Defizite der AFK GmbH auf über 100 Mio. Euro summieren. Im Fall der Vinzenz von Paul Kliniken waren die Belastungsgrenzen überschritten: Eine Insolvenz in Eigenverwaltung mit Auswirkungen auch auf die an sich gesunden Häuser bei uns im Landkreis in Bad Ditzgenbach und Bad Überkingen. Wir werden Zeuge einer kalten Strukturreform. Krankenhäuser werden in die Insolvenz getrieben.

Ich werde deshalb im Aufsichtsrat der AFK eine Neuausrichtung der Klinik, im Kern der Medizinstrategie vorschlagen. Unter professioneller Beratung werden wir prüfen, was für eine Klinik unserer Größe und mit unserem Versorgungsauftrag sinnvoll sind. Die Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte werden auf dieser Basis informiert entscheiden können: Welche Tätigkeitsfelder können auch andere Kliniken übernehmen, sodass wir uns ggf. davon trennen können? Was können wir ausbauen in Tätigkeitsfeldern, die durch bessere Vergütung vom Gesetzgeber als wichtig betrachtet werden? Welche Versorgung müssen wir für unsere Bürger vorhalten? Die Neuausrichtung des Gesamtbetriebs der Klinik wird einige Jahre dauern, aber ich meine, sie lohnt sich. Dies alles setzt aber voraus, dass der Aufsichtsrat, dass alle Gremien bereit sind, Veränderungen vorzunehmen.

Wir haben dabei große Chancen, denn wir sind medizinisch bestens ausgerüstet. Das Konzept eines starken Zentralklinikums passt in die Gesundheitspolitik – wenngleich teuer erkaufte mit noch immer folgenden Kostensteigerungen des Neubaus. Und was wurde aus der Effizienzrendite? Wir werden es nach dem Jahr 2026 sehen. Wir kalkulieren deshalb vorsichtiger als 2026, werden den Differenzbetrag zur tatsächlichen Belastung aus Zins und Abschreibungen nicht abziehen. Der Traum vom so vieles gleichzeitig lösenden Neubau war stets ein großer. Vielleicht ein zu großer?

Wir müssen uns konzeptionell und strategisch vorbereiten auf die Dreißigerjahre. Das sollte uns auch bei der Lösung für den Standort Geislingen leiten. Die laufende Markterkundung zur Nachnutzung der ehemaligen Helfenstein-Klinik liefert eine wichtige neue Faktenbasis. Aus den Ergebnissen werden wir die richtigen Entscheidungen ableiten müssen.

Positiv und über Plan sind am ALB FILS KLINIKUM bislang die Fallzahlen und die Leistungsentwicklung im ersten Halbjahr, gerade auch bei ambulanten bzw. kurzstationären Eingriffen. In der Geburtshilfe kommen Familien vermehrt aus den Nachbarlandkreisen. Wir wachsen dort gegen den Trend. Nächstes Jahr wird es sichtbare Fortschritte beim Abbruch des Klinik-Altbaus geben. Nicht zuletzt investieren wir in gut ausgebildetes Personal: Mit der Einweihung des Lern.Punkts, des neuen Bildungszentrums mit der Schule für Pflegeberufe, dem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) und dem Institut für Fort- und Weiterbildung schaffen wir die Voraussetzungen, um auch in Zukunft dem Fachkräftemangel standzuhalten. Am 21. Oktober ist es so weit. Damit verbunden ist auch ein Dank an das Land für rund 8,5 Mio. Euro Förderung

– und ein Dank an alle der rund 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Klinik.

Dritter großer Kostenfaktor für uns ist der ÖPNV. Im Vergleich zum letzten Haushalt sind 3,15 Mio. Euro mehr für ÖPNV/Schülerbeförderung veranschlagt. Eine Hausnummer, die wir nicht isoliert betrachten dürfen. Zu Buche schlagen Sprit- und Personalkosten. Wir haben uns für mehr und dichteren Verkehr entschieden. Noch 2023 hat der Landkreis Göppingen einen neuen Nahverkehrsplan beschlossen, mit Planungen klar in der Logik des VVS: Busse als Zubringer zum Bahnverkehr, in entsprechender Taktung auch abends und am Wochenende. Würde dieser Plan heute umgesetzt, bedeutete dies eine maximale Steigerung von sechs Mio. Euro und damit nochmal ein Viertel mehr der jetzigen ÖPNV-Kosten. Derzeit befinden wir uns ganz am unteren Rand dieser Festlegung, beim Status quo wie vor den Ausschreibungen. Und damit haben wir schon zu kämpfen. Mir ist unklar, wie in einem Jahr des Abschwungs ein solches Werk beschlossen werden konnte. Jetzt läuft es umgekehrt: Es werden Forderungen an uns herangetragen, den ÖPNV noch weiter zu kürzen. Vielleicht muss in Zukunft das Kleine, aber Realistische der Maßstab sein.

Im UVA im Juni haben wir in diesem Geist zusammen mit dem VVS Optimierungsszenarien diskutiert. Es gilt passgenau zu verändern: Beispielsweise flexible On-Demand-Verkehre statt Regelbusse, wo die Nachfrage fehlt. Im Schülerverkehr muss es Ziel bleiben, den regulären Linienverkehr zu nutzen und teure Zusatzkurse zu vermeiden.

In der Substanz haben wir einen starken ÖPNV im Landkreis. Im Juni sind wir in Göppingen und im Voralbraum mit neuen Linienbündeln gestartet. Konsequenter orientiert an den Spielregeln zur Schülerbeförderung – und am künftigen Bahnfahrplan mit Stuttgart 21, dessen Eröffnung erneut um

fünf bis sechs Jahre nach hinten verschoben wurde. Zusammen mit dem neuen Expressbus zwischen Göppingen und Kirchheim hat das zu einer nicht gekannten Taktdichte im Voralbraum geführt. Aber schon kleine Umstellungen sorgen für Proteste. Weil mancher Anschluss und mancher Weg anders wurden. Ich meine, die Aussprache im UVA im September und die vorgenommenen Anpassungen nicht zuletzt im Schülerverkehr konnten einiges befrieden. Vielleicht sollten wir stärker auf die schweigende Mehrheit schauen, die profitiert, sich aber nicht zu Wort meldet.

Als Kreisverwaltung wissen wir um den Auftrag, verantwortungsvoll zu wirtschaften. Im Hinblick auf weitere Optimierungspotenziale werden wir Ihnen deshalb zeitnah Vorschläge unterbreiten.

Und nicht anders halten wir es in unseren Kooperationen, genannt sei der Verband Region Stuttgart. Gemeinsam mit Landräten und Bürgermeistern der Region habe ich im Juli einen Aufschlag zur Reduzierung der Verbandsumlage gemacht. Es ist nicht vertretbar, dass auf einer Ebene noch Rücklagen gebildet und Mehrleistungen geplant werden, während Kreise, Städte und Gemeinden auf der anderen Seite nicht mehr ein noch aus wissen. Ich bin dankbar, dass die Region in der Zwischenzeit reagiert hat und die Verbandsumlage für 2027 deutlich senkt. Im Vergleich zu unseren ersten Berechnungen sprechen wir hier von rund 2,4 Mio. Euro an Einsparungen, mehr als einem Drittel der ursprünglich veranschlagten 6,5 Mio. Euro für unseren Landkreis.

ÖPNV, meine Damen und Herren, ist bei all dem ein Standortvorteil, um den uns manch anderer Landkreis beneidet. Zwischen steigenden Preisen, einem gesunden Qualitätsanspruch und Restriktionen in der Infrastruktur bleibt das ein Spagat. Wir werden dem mit Augenmaß

begegnen. Vor allem aber müssen wir unsere Region im Verkehrsbereich wieder öfter vom Reagieren ins Agieren bringen.

Das zeigt sich beim neuen Albaufstieg der A 8. 2027 befinden wir uns endgültig in der Bauphase, was im Laufe des Jahres immer deutlicher in den betroffenen Kommunen zu sehen sein wird. Für sie ergeben sich neue Chancen.

Auch für den Weiterbau der B 10 sind die Chancen gut wie nie. Für uns heißt das, auch die eigenen Hausaufgaben zu machen. Im Landratsamt haben wir dazu eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie wird dem Regierungspräsidium für eine zügige Planfeststellung umfassend zuarbeiten.

Allen Beteiligten ist aber klar, dass der B-10-Ausbau nicht von heute auf morgen geht. Wir müssen deshalb jetzt an die hochbelasteten Anwohnerinnen und Anwohner denken. Beim Verkehrsministerium haben wir daher eine intelligente Ampelsteuerung angeregt, ggf. auch mit Hilfe Künstlicher Intelligenz. Mit unserem Straßenbauamt und den beteiligten Städten und Gemeinden arbeiten wir intensiv daran mit, denn wir wollen einen besseren Verkehrsfluss und weniger Staus in Kuchen und Geislingen. Meines Erachtens ein ganz wichtiger Zwischenschritt für mehr Lebensqualität im Filstal. Das gilt im Übrigen auch für die Kreisstraßen. Dort sind wir selbst zuständig und investieren 2027 rund 4,5 Mio. Euro in Um-, Ausbau und Erhaltung.

Wir reden in der Politik häufig über die großen Linien. Über Geopolitik oder den weltweiten Klimaschutz. Manchmal lohnt aber der Blick auf den Durchschnittsbürger, der – wie Jan Fleischhauer kürzlich bemerkt hat – viel eher in kleinen und mittleren Städten auf dem Land lebt, Helene Fischer hört und in der Freizeit im Zweifel die örtliche Feuerwehr unterstützt. Ernstzunehmende Politik muss Lösungen anbieten für dessen

konkrete Sorgen: Intakte Straßen, fahrende Busse, Infrastruktur, die auch in der Krise hält, sanierte Schulen, eine funktionierende, digitale Verwaltung, eine gute medizinische Versorgung in erreichbarer Nähe und bezahlbarer Wohnraum. Unsere Kreisbau beispielsweise ist Benchmark. Wir schaffen damit günstigen Wohnraum, durch energetische Sanierungen geschieht praktischer Klimaschutz und überdies erhalten wir für den Haushalt Dividenden. Vielleicht sollten wir unseren erfolgreichen Geschäftsführer, Herrn Dalm, einmal nach Berlin ausleihen.

Im Landkreis werden wir in schwieriger Haushaltslage gezielt investieren und hierzu die Chancen des Sondervermögens nutzen. Von ihm profitieren wir im Umfang von ca. 53 Mio. Euro. Mit den Mitteln wollen wir eine „Hebelwirkung“ erzeugen zusammen mit vorhandenen Fördermöglichkeiten. Nach aktueller Schätzung gehen wir von einer Wirkung des Sondervermögens in 2027 in Höhe von ca. zwei bis drei Mio. Euro aus. Bis 2030 wollen wir bereits knapp die Hälfte aller uns zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen haben.

Investieren werden wir insbesondere in Gebäudesanierungen, namentlich in unsere Schulen. Bildung, das ist die „Seltene Erde“ Deutschlands. Hier liegt als Landkreis unser Schwerpunkt. Investieren werden wir auch in die Katastrophenvorsorge und in eine digitalisierte Verwaltung, die den Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

Ein zentrales Investitionsprojekt im Bereich **Schulen** ist die Aufstockung der Bodelschwingh-Schule in Göppingen. Der Erweiterungsbau bekommt in Holzbauweise zusätzliche Kapazitäten. Aktuell bereiten wir die europaweite Ausschreibung vor, die konkrete Umsetzung ist von Anfang 2028 bis Mitte 2029 vorgesehen. Bei geschätzten Gesamtkosten von rund 16 Millionen Euro rechnen wir mit etwa sechs Millionen Euro Fördermitteln. Die restliche Finanzierung erfolgt über das

Sondervermögen. Für weitere energetische Sanierungsmaßnahmen insbesondere an Schulgebäuden sind aus dem Sondervermögen 2027 gut zwei Mio. Euro vorgesehen. Mit dem Neubau der Filstal-Schule in Geislingen sind wir in den Endzügen einer weiteren Großinvestition, von der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf im gesamten oberen Filstal profitieren werden. Die Fertigstellung ist für Ende dieses Jahres vorgesehen. Wir setzen auf ein renommiertes Bauunternehmen hier aus dem Landkreis, damit es auch dabei bleibt.

In den Schulen steht die Umsetzung des Digitalpakts 2.0 an. In unserem Haushalt haben wir hierfür rund 340.000 Euro an Bundesmitteln einkalkuliert. Große Sprünge sind das nicht: Mit ca. 40 Euro pro Schüler und Jahr bekommen Sie so schnell kein Tablet finanziert. Aber es gilt, jede Chance zu nutzen.

Ob der Staat gestaltungs- und vor allem handlungsfähig ist, zeigt sich für unsere Jüngsten in den Schulen. Für uns alle zeigt es sich im **Krisenfall**. Und dieser ist wahrscheinlicher geworden. Nur einige Schlaglichter dazu aus jüngster Vergangenheit: Im Juni brennt es in einem Umspannwerk in Reutlingen. Im September Sabotageaktionen am Stromnetz in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Oder im August der Fund einer Drohne mit Sprengstoff am Leipziger Flughafen.

Wir müssen gerüstet sein. Gerade an einer großen Behörde hängen nicht nur verwaltungsinterne Prozesse, sondern ganz konkrete Schicksale. Was machen wir beispielsweise bei einem Blackout? Zahlen wir dann die Grundsicherung einen Monat lang nicht mehr aus?

Dieser Landkreis hat sich viel geleistet in der Vergangenheit. Aber dort, wo es um die Kernaufgabe des Staates geht, nämlich, dass er in einer Krise funktioniert: Haben wir dort genug getan? Auch hier lohnt die

zentrale Frage: Was für ein Landkreis wollen wir sein? Ich meine: Jedenfalls ein auf Krisen vorbereiteter.

Aus den Sondermitteln werde ich Ihnen vorschlagen, die Notstromversorgung im Landratsamt zu verbessern. Wir werden gezielt unsere Bevorratung an Heizöl aufstocken. Zudem werden wir Redundanzen schaffen und unsere Außenstellen in den Blick nehmen. Mit dem neu formierten Amt für Feuerwehrwesen und Bevölkerungsschutz haben wir bereits Zuständigkeiten gebündelt und für kurze Dienstwege im Fall der Fälle gesorgt. Und wir können uns – das hat die erfolgreiche Übung an der FBG-Pipeline in Uhingen vergangene Woche eindrücklich gezeigt – auf unsere Blaulichtfamilie wirklich verlassen. Allen, die sich hier ehren- und hauptamtlich um unsere Gemeinschaft verdient machen, gilt an dieser Stelle mein ganz herzlicher Dank.

Der dritte Punkt, in den wir gezielt investieren, ist die **Digitalisierung** unserer Verwaltung. Nicht als Selbstzweck, sondern um schneller und erreichbar zu sein für die Menschen. Ohne Digitalisierung wird der Personalabbau nicht funktionieren. Deshalb haben wir zwei Stellen für Digitalisierung umgewidmet und damit einen Vorschlag von CDU und AfD aufgegriffen. Und wir nehmen die technischen Rahmenbedingungen in Angriff. Ein echtes Leuchtturmprojekt ist beispielsweise unser Holzfinder zur Online-Brennholzbestellung. Erstellt in interkommunaler Zusammenarbeit mit maßgeblicher Beteiligung des Landkreises Göppingen.

Ein wesentlicher Baustein für unsere Bemühungen ist die E-Akte, die 2027 im gesamten Haus Standard wird. Wir führen zudem die elektronische Rechnungsbearbeitung ein und etablieren für schnellere Prozesse und einfachere Formulare eine neue Plattform. Wir setzen zudem Software ein, die wiederkehrende Arbeitsschritte automatisch erledigt. Eine

wichtige Entlastung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Herbst starten das Kreisjugendamt und das Amt für Vermessung und Flurneuordnung die Einführung des Virtuellen Amtes. Darüber können Beratungsgespräche künftig komplett online durchgeführt werden.

Ehrlicherweise sind wir in vielen Konstellationen etwas spät dran. Andere sind weiter, beispielsweise bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Mit Schulungskonzepten und der Nutzung im Arbeitsalltag ist dieses Haus gestartet, seit diesem Jahr nutzen wir KI flächendeckend. In meiner Bewerbungsrede habe ich besonders die Massenverfahren hervorgehoben. Hier kann Künstliche Intelligenz zum Gamechanger werden; sie kann uns helfen, wieder mehr Zeit für Menschen statt für Formulare zu haben. Im November starten wir deshalb mit „Wohni“, einem Fachverfahren mit integrierter KI-Unterstützung für Wohngeldanträge.

Die Medaille hat freilich zwei Seiten. Manche Dienstleistungen unserer Verwaltung sind schon online verfügbar. Sie werden aber nicht entsprechend nachgefragt. Oft bleibt es beim sprichwörtlichen Gang zum Amt, auch wenn wenige Klicks zum gleichen Ziel geführt hätten. Auch unsere Gesellschaft darf hier also noch ein gutes Stück mutiger werden.

Besonders deutlich spüren wir den Spardruck im Bereich **Personal**. In unserem Personalbudget für 2027 haben wir 79,6 Mio. Euro vorgesehen, 340.000 Euro weniger noch als der angesetzte Finanzplanwert. Eine Reduktion also und das trotz Tarifsteigerungen. Das geht nur durch die Konzentration auf Kernaufgaben. Unbesetzte Stellenanteile, beispielsweise in unserem Amt für Schulen und Bildung für das Programm „Demokratie leben!“, wurden nicht wieder in den Stellenplan aufgenommen. Wir verfolgen konsequent unser Personalabbaukonzept „8 in 8“ weiter. Bis 2033 haben wir uns vorgenommen, insgesamt acht

Prozent der Stellen im Haus abzubauen. Dies sind bis zu 77,4 VZÄ und ein Einsparvolumen von über 5 Mio. Euro.

Für 2027 reduzieren wir den Stellenplan gegenüber 2026 netto um über 10 VZÄ auf rund 956 VZÄ. In der Bruttobetachtung werden sogar knapp 26 VZÄ abgebaut. Gleichzeitig bleiben wir handlungsfähig, beispielsweise durch einen flexiblen Umgang mit unseren Poolstellen. Durch sie können wir unabweisbare Stellenmehrbedarfe u. a. im Zusammenhang mit dem Neubau der Filstal-Schule in Geislingen kompensieren oder den bereits erwähnten Digitalisierungsschub in unsere IT bringen.

In Zeiten, in denen nicht nur wir Personal abbauen, ist aber eines wichtig: Wir agieren ausschließlich sozialverträglich über Ruhestand, Austritte und auslaufende Befristungen.

Doch Stellenabbau allein reicht nicht. „8 in 8“ ist kein Sparprogramm, sondern ein kontinuierlicher Prozess. Es ist ein Marathon, der von Jahr zu Jahr, oder um im Bild zu bleiben, von Kilometer zu Kilometer, nicht leichter wird. Nur, wenn wir durch Aufgabenkritik, Digitalisierung und Prozessoptimierung tatsächlich Luft schaffen, werden wir weitere Fortschritte machen können. Trauen wir uns beispielsweise auch an die interne **Bürokratie**, an die Dienstvereinbarungen, die sich über die Jahrzehnte in einem großen Haus wie dem unseren entwickelt haben?

„Erbaut in schwerer Zeit“ prangt an der Weiler Steige. Wer genauer hinsieht, kommt ins Nachdenken. „Erbaut von 1919 bis 1921“. Das sind nur zwei Jahre. Dass die Menschen in Geislingen, im ganzen Landkreis einfach schneller als andere sind und besonders effizient arbeiten, wussten wir. Aber wie lange würden wir heute für die Weiler Steige benötigen? Zehn Jahre, 15 Jahre? Es liegt an unserer Verrechtlichung, an unseren Standards, an dem Ruf, alles müsse reguliert werden.

Der Göppinger Weg war für viele andere Landkreise im Jahr 2026 Vorbild, sich auf Kernaufgaben zu konzentrieren. Ich möchte auch dieses Mal einen Anstoß geben, über den Landkreis hinaus: Wir werden unter der Leitung des Ersten Landesbeamten alle hausinternen Regelungen überprüfen. Wir werden dies bewusst unter enger Beteiligung des Personalrates machen. Unser Prozess wird so angelegt, dass die Vermutung für die Aufhebung spricht. Dahinter steht ein klares Ziel: Auch hier wieder mehr Luft zum Atmen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen, mehr Eigenverantwortung oder schlicht und ergreifend Vertrauen auf das Miteinander von Vorgesetzten und Mitarbeitern. Das ist eine Fortsetzung des Göppinger Weges im Inneren, für die Konzentration auf Kernaufgaben und Vertrauen.

Auch bei unseren Gebäuden und **Flächen** werden wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. In Zeiten des Homeoffice braucht es an vielen Stellen weniger Büros. An anderer Stelle herrscht Raumnot. Deshalb entwickeln wir ein Gebäudekonzept, um Flächen effizienter zu nutzen. Mit dem Umzug der Pflegeschule in das neue Bildungszentrum der AFK bekommen wir neue Chancen am Standort Pappelallee. Könnte dort ein grünes Verwaltungszentrum unserer umweltbezogenen Ämter ein erster Baustein sein? Veterinär- und Landwirtschaftsamt sind bereits vor Ort. Das Forstamt wird demnächst dort einziehen. Am Ende werden wir durch kluge Planung die Anzahl von Gebäuden insgesamt verringern können. Mit weniger Flächen sparen wir Bewirtschaftungs- und Unterhaltsaufwendungen. Macht ein solcher Prozess der Belegschaft Freude? Sie zieht mit, wofür ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

Meine, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein Schatz. So viele von ihnen geben jeden Tag ihr Bestes. Sind wir also auch dankbar für das,

was Deutschland ausmacht, eine schlagkräftige Verwaltung. Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen! In schwierigen Zeiten, in denen das Sparen täglicher Wegbegleiter ist, sorgen Sie für eine zuverlässige und kompetente Verwaltung dieses Landkreises.

In meiner Bewerbungsrede habe ich das Ziel formuliert, dass wir ein ermöglichender Landkreis werden. Ich spüre an vielen Stellen im Haus und auch in der Wirtschaft, dass sich hier etwas Gutes entwickelt. So haben wir die **Kreiswirtschaftsförderung** als Verwaltungslotse neu positioniert. Wir sorgen für Lösungen, wenn Unternehmen Anliegen an uns herantragen. Ich denke an eine zügige Genehmigung für ein Bau-Unternehmen in Bad Boll. An gut koordinierte straßenrechtliche Genehmigungen für ein Energieunternehmen in Ebersbach oder ein Logistikvorhaben, bei dem wir behördliche Anforderungen effizient zusammengeführt haben. Wir arbeiten so, dass Vorhaben möglich werden – wie bei einem touristischen Vorhaben in Gruibingen, wo wir das Landschaftsschutzgebiet ohne Abstriche für die Natur angepasst und die kommunale Bauleitplanung begleitet haben. Jetzt stehen die Zeichen auf grün für die weitere Entwicklung. Ich war vor Ort. Über 100 Arbeitsplätze im Tourismus sind möglich. Federführend war unser Erster Landesbeamter, Herr Heinz, der im Diskurs mit übergeordneten Behörden den Weg bereitet hat. Das ist der ermöglichende Landkreis, der für jedes Vorhaben kämpft.

Von Anfang an bin ich in den Austausch mit den Unternehmern in unserem Landkreis gegangen. Gerade im direkten Gespräch ist greifbar, was dieser Landkreis für ein enormes Potenzial hat. Im August habe ich einen Tag lang nur innovative Unternehmen im Wasserstoffbereich besucht. Wir müssen das sichtbar machen. Im März habe ich erstmals einen Tag der Wirtschaft im Landkreis initiiert, auch das ein Thema der Sichtbarkeit für

Unternehmen, vom Hidden Champion in der Umwelttechnik bis zum Handwerksbetrieb.

Diesen Unternehmen beste Rahmenbedingungen bieten mit Breitbandanbindung, Vernetzung, schnellen Genehmigungsprozessen, Entscheidungen mit Augenmaß: Das ist es, was für mich Wirtschaftsförderung im Kern ausmacht. Mit unserer Kreiswirtschaftsförderung im Landratsamt und der WIF GmbH haben wir aktuell zwei Institutionen, die das auf ihre Weise umsetzen und damit Unternehmen unterstützen. Wir werden uns gemeinsam mit unseren Partnern strukturell neu ausrichten und hierzu im ersten Quartal 2027 einen Vorschlag machen. Ich bin optimistisch, dass sich unsere Bemühungen auszahlen werden. Dass wir perspektivisch tatsächlich wieder mehr Arbeitsplätze im Kreis sehen werden, mehr Gründer und Innovative.

Gestatten Sie einen Hinweis auf den Wirtschaftsplan des **AWB** für das Jahr 2027, der ebenfalls eingebracht wird. Trotz schwieriger Ausgangslage bleibt es unser Anspruch, die Abfallgebühren verantwortungsvoll zu gestalten. Die Gebühren im Landkreis Göppingen werden auch für die Jahre 2027 und 2028 abermals unter dem Landesdurchschnitt liegen. Das ist angesichts der Kostenentwicklung keine Selbstverständlichkeit.

Mit der Einführung der KüchenBio-Tonne stellen wir die Sammlung der Küchenabfälle zum 1. Januar 2027 auf ein modernes, behältergestütztes System um. Der letzte Landkreis in Baden-Württemberg, der sich von den Beuteln am Straßenrand verabschiedet. Für die Bürger schaffen wir damit eine verlässliche, zeitgemäße Lösung. Und zugleich steigt die Qualität der Bioabfallsammlung und die Sauberkeit im Stadtbild.

Auch bei der Zukunft des Müllheizkraftwerks, die in den kommenden Jahren auf der Tagesordnung stehen wird, sollten wir vom Ergebnis her planen. Wie emotional wurde dies zwischenzeitlich in diesem Landkreis diskutiert, aber was für große Chancen gibt es auch. Ich denke an Energie, an einen Beitrag zur kommunalen Wärmeplanung und auch hier an das Potenzial, das in der interkommunalen Zusammenarbeit liegt. Wir werden dazu 2027 in einen offenen Prozess einsteigen. Und wir sehen jetzt schon Signale, dass andere Landkreise die Zusammenarbeit mit uns suchen. Der Landkreis Göppingen wird als verlässlicher Partner anerkannt. Ein Pfund, auf das ich nicht nur in diesem Bereich weiter setzen möchte.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist im vorgelegten Entwurf eine Zumutung. Wir belasten Städte und Gemeinden. Und diese werden dies bei den Bürgern tun. Ich bin deshalb ganz beim Apostel Paulus, wie er im Brief an die Römer schreibt: „Ich tue nicht das, was ich will, sondern das, was ich hasse.“

Dieser Haushaltsentwurf ist ein ehrlicher Vorschlag. Er wurde, im Gegensatz zu vergangenen Haushalten, risikoarm erstellt. Und er wird vielleicht auch nicht das letzte Wort sein.

Ich setze darauf, dass im November/Dezember noch Mittel aus den Finanzverhandlungen zwischen Land und kommunaler Seite fließen werden. Noch aber ist alles offen, ebenso wie die Oktober-Steuerschätzung oder der Haushaltserlass des Landes. Ich sage jedoch zu: Alle nach der Einbringung bekanntwerdenden externen Verbesserungen oder Entlastungen werden wir zur Reduzierung der Kreisumlageanpassung verwenden. Das gebietet unser Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung unserer Städte und Gemeinden.

Wenn es aber noch keine Vereinbarung mit dem Land gibt, können wir sie auch nicht einrechnen.

Sollte der spätere Prozess Konsensgespräche mit den Fraktionen erfordern, stehe ich hierfür wie im vergangenen Jahr zur Verfügung. Bei der Zahl Ihrer Haushaltsanträge möchte ich Sie bitten, eines zu bedenken: Jeder einzelne Antrag verursacht ein nicht zu unterschätzendes Maß an Arbeit. Denn wir wollen jedem Ihrer Impulse fachlich gerecht werden. Wenn, dann bitte ich Sie, Ihre Anträge möglichst konkret zu halten und die entsprechende Gegenfinanzierung zu benennen.

Zum Abschluss danke ich allen, die am Haushaltsentwurf 2027 mitgewirkt haben, insbesondere Kreiskämmerer Jochen Haas, seinem Team und allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Haus. Sie haben unter schwierigsten Rahmenbedingungen ausgesprochen professionell und gründlich das vorliegende Zahlenwerk erarbeitet. Herzlichen Dank.

Der Ihnen, werte Kreisträtkinnen und Kreisträte, nun vorliegende Entwurf setzt auf Sparsamkeit und die Konzentration auf Kernaufgaben. Sie haben die Hoheit, alle Veränderungen, die Sie für richtig erachten, vorzunehmen. Aber vielleicht sehen Sie auch, dass mir Verlässlichkeit und Vertrauen wichtig sind. Denn ich tue, was ich angekündigt habe. Es zerstört Vertrauen, wenn vor einer Wahl Sparsamkeit und Reformen angekündigt werden und dann mit Rekordschulden das Gegenteil geschieht.

Und vielleicht gibt es mehr Grund zur Zuversicht als viele meinen. Wir alle erinnern uns an Griechenland in der Staatsschuldenkrise. Das Land war damals hart getroffen. Aber es hat sich zurückgekämpft mit Sparsamkeit und einem klaren Reformkurs. Im Handelsblatt wurde kürzlich der griechische Finanzminister zitiert mit einem Appell an Deutschland: Es brauche jetzt bei uns mehr Konsequenz im Regierungshandeln. Denn Reformen seien anfangs vielleicht schmerzhaft, aber sie zahlten sich aus, politisch und wirtschaftlich. Ich meine: Nehmen wir uns das doch zu Herzen. Unsere Entwicklung, auch die des Landkreises Göttingen, ist

eine Gestaltungsaufgabe. Wir sollten sie annehmen, aus der Verantwortung für die Menschen im Kreis.

Vielen Dank.